

Söder warnt: AfD nun offiziell rechtsextrem - Null Toleranz gefordert!

Die AfD wird als rechtsextremistisch eingestuft. Söder und Scholz fordern klare Konsequenzen für die Demokratie.



Bayern, Deutschland - Am 2. Mai 2025 hat das Bundesamt für Verfassungsschutz die Alternative für Deutschland (AfD) offiziell als gesichert rechtsextremistisch eingestuft. Diese Entscheidung hat eine breite Diskussion über den Umgang mit der Partei in Bayern und im gesamten Bundesgebiet ausgelöst. Der bayerische CSU-Parteichef Markus Söder bezeichnete die Einstufung als „finalen Weckruf“ und drängt auf Null Toleranz gegenüber Feinden der Demokratie. Söder fordert, die AfD inhaltlich zu konfrontieren und durch gutes Regieren zu entlarven, um ihre Gefährlichkeit zu begrenzen und das Vertrauen in die demokratische Grundordnung zu stärken. Gleichzeitig hat die Bundestagsvizepräsidentin Andrea Lindholz AfD-Abgeordnete aufgefordert, aus ihrer Partei auszutreten, um

ein Zeichen gegen den rechtsextremen Einfluss zu setzen.

Die Landtags-Grünen haben sich mit Nachdruck für ein Parteiverbot der AfD ausgesprochen und fordern ein Prüfverfahren zur Straßensanierung. CSU-Fraktionsvorsitzender Klaus Holetschek bezeichnet die AfD als „Systemfeind“, lehnt jedoch ein Verbotsverfahren als bevorzugte Lösung ab. Innenminister Joachim Herrmann hat angekündigt, den Umgang mit AfD-Mitgliedern im öffentlichen Dienst zu prüfen und einen Ausschluss aus der Parteienfinanzierung in Betracht zu ziehen.

Reaktionen von Politikern und Experten

Die Reaktionen auf die Einstufung sind vielfältig. Bundeskanzler Olaf Scholz äußerte sich kritisch zu einem schnellen Verbotsverfahren und lobte die ausführliche Begründung seitens des Verfassungsschutzes. Scholz wies darauf hin, dass das Bundesverfassungsgericht in der Vergangenheit mehrere Verbotsanträge gegen Parteien abgelehnt hat. Auch Bundesinnenministerin Nancy Faeser unterstützt die Entscheidung und hebt die Unabhängigkeit des Verfassungsschutzes hervor. Sie betont, dass die AfD gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung agiere.

Die AfD selbst reagiert mit rechtlichen Schritten gegen die Einstufung, die sie als „demokratiegefährdende Diffamierungen“ bezeichnet. AfD-Politiker Stephan Brandner kritisierte die Entscheidung als „völligen Blödsinn“. Gleichzeitig warnen zahlreiche Parteien wie die Grünen und die Linksfraktion vor der Gefährdung der Demokratie durch die AfD und fordern Maßnahmen gegen die rechtsextremen Bestrebungen der Partei.

Erweiterte Kontexte und Expertenschätzungen

Matthias Quent, ein Experte für Rechtsextremismus, analysierte die Einschätzungen des Verfassungsschutzes und erklärte, die

AfD verletze zentrale Grundsätze des Grundgesetzes durch völkischen Nationalismus, und ihre Politik könnte einen Staat hervorbringen, der nicht mit den Werten der Demokratie vereinbar ist. Er identifiziert drei Prinzipien, die die AfD kennzeichnen:

- Verstoß gegen das Menschenwürdeprinzip, unter anderem durch abwertende Äußerungen gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund.
- Verstoß gegen das Demokratieprinzip, einschließlich Verachtung des Staates und seiner Institutionen.
- Verstoß gegen das Rechtsstaatsprinzip.

Darüber hinaus hat sich die AfD seit ihrer Gründung 2013 radikalisiert, insbesondere in den Jahren nach der Migrationsbewegung 2015/16. Quent bemerkt, dass viele Migranten in Deutschland über eine mögliche Auswanderung nachdenken, falls die AfD an die Macht kommt.

Die aktuellen Entwicklungen vermitteln den Eindruck, dass die öffentliche Debatte über die AfD sich von deren rechtsextremistischen Positionen abgewandt hat, was zur Normalisierung der Partei in der gesellschaftlichen Wahrnehmung beiträgt. Dennoch bleibt die Aufarbeitung und Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus der AfD eine wichtige Aufgabe für Medien und Zivilgesellschaft. Experten wie Quent fordern eindringlich, die Thematik umfassend zu diskutieren, um die demokratischen Werte in Deutschland zu verteidigen.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Bayern, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.pnp.de• www.zeit.de• www.tagesschau.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de